

Unverkäufliche Leseprobe

Thomas Nipperdey



DEUTSCHE
GESCHICHTE
1800 – 1866

*Bürgerwelt
und starker Staat*

C.H.BECK

Thomas Nipperdey
Deutsche Geschichte 1800 - 1866
Bürgerwelt und starker Staat

838 Seiten mit 36 Tabellen im Text. Paperback
ISBN: 978-3-406-65577-7

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/12427615>

I. Der große Umbruch

1. Das Ende des Reiches.

Deutschland unter der Herrschaft Napoleons

Am Anfang war Napoleon. Die Geschichte der Deutschen, ihr Leben und ihre Erfahrungen in den ersten eineinhalb Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, in denen die ersten Grundlagen eines modernen Deutschland gelegt worden sind, steht unter seinem überwältigenden Einfluß. Die Politik war das Schicksal, und sie war seine Politik: Krieg und Eroberung, Ausbeutung und Unterdrückung, Imperium und Neuordnung. Zwischen Anpassung und Widerstand verliefen die Handlungsmöglichkeiten der Völker und der anderen Staaten. Selten haben alle Bereiche des Lebens so sehr im Zeichen der Machtpolitik und des Drucks von außen gestanden; auch die großen Reformen, die Staat und Gesellschaft umbildeten, sind, freiwillig oder unfreiwillig, davon geprägt worden. Gewiß, die Grundprinzipien der modernen Welt sind mit der Französischen Revolution ins Leben (und ins Bewußtsein der Zeitgenossen) getreten, sie hat in der Weltgeschichte Epoche gemacht. Aber für die Deutschen ist der Umsturz der alten Ordnung reale Erfahrung erst unter Napoleon und in der Form des Militär-Imperiums geworden. Nur wer ideologisch blind geworden ist gegenüber dem Phänomen der Macht und alle Aufmerksamkeit auf die Bewegungen der Gesellschaft und der „inneren“ Politik und auf die Strukturen konzentriert, kann diese Grundtatsache gering achten.

Die große Politik zuerst also bestimmte das Schicksal. Die Revolutionskriege – seit 1792 – hatten mit der Niederlage der deutschen wie der europäischen Mächte geendet; Napoleon, General der Revolution und ihr Bändiger zugleich, war der große, schier beispiellose Sieger. Seit 1801 waren die linksrheinischen Gebiete endgültig französisch geworden. 1803 wurde Deutschland territorial neu organisiert: die Territorialfürsten sollten für ihre linksrheinischen Verluste „entschädigt“ werden. Daraus wurde eine Fürstenrevolution des alten Deutschland. Die geistlichen Herrschaftsgebiete wurden „säkularisiert“; die meisten bis dahin „reichsunmittelbaren“ Reichsstädte und eine Reihe kleinerer weltlicher Herrschaften (dazu der Rest der Kurpfalz) wurden „mediatisiert“, d. h. als politische Einheiten aufgehoben und den größeren und mittleren Territorialstaaten zugeschlagen; die deutsche Landkarte wurde vereinfacht: das war der „Reichsdeputationshauptschluß“. Die Neuerwerbungen gingen zumeist gewaltig über die Verluste hinaus. Die territoriale Neuordnung lief unter dem Protektorat der beiden kontinentalen Großmächte, Frankreich und Rußland, und nach ihrem Plan und Entwurf ab; dazu spielten manche persönlichen Beziehungen und viel Bestechung eine maßgebliche Rolle. Politisch entscheidend für diese Fürsten-

revolution waren Machtposition und Interesse Frankreichs, es war zum eigentlichen Lenker der deutschen Dinge geworden. Das hatte zwei unmittelbare Folgen: einmal wurde die Auflösung des alten Reiches dadurch eingeleitet, denn dessen Macht- und Rechtsordnung hatte gerade auf Reichskirche und Reichsadels außerhalb der größeren Territorien beruht. Zum anderen wurden jetzt im Süden und Südwesten lebensfähige, geschlossene Mittelstaaten durch enorme territoriale Vergrößerung geschaffen oder konsolidiert: Baden, Württemberg, Bayern, Hessen-Darmstadt und die nassauischen Fürstentümer waren die großen Gewinner dieser Neuordnung, und die Fürsten wie die führenden Minister dieser Staaten haben, geleitet von einer beinahe reinen Machträson, durch keine legitimistischen, reichspatriotischen oder nationalen Skrupel gehemmt, diese Expansionsmöglichkeit mit vollen Händen ergriffen. Die Mittelstaaten standen jetzt mehr als vorher zwischen den deutschen Großmächten Preußen und Österreich, und sie waren entschlossene Gegner der alten Reichsstruktur. Denn erst jetzt konnten sie eine reale Souveränität wirklich durchsetzen, und darin wollten sie sich von keinem Kaiser, keinem Reich hindern lassen. Die Tendenz der frühneuzeitlichen deutschen Staatsentwicklung, die auf volle Souveränität der Partikularstaaten zielte, hatte sich durchgesetzt. Aber diese neue Souveränität der Mittelstaaten war aus sich nicht lebensfähig, sie war machtpolitisch auf Frankreich angewiesen. Und sie lag zugleich im Interesse des napoleonischen Frankreich: sie sollte eine andere, alte oder neue, nationale Organisation Deutschlands gerade unmöglich machen. Insofern waren die neuen Mittelstaaten nicht einfach ein Ergebnis der deutschen Geschichte, sondern zunächst ein Ergebnis der Politik, mit der Napoleon seine Hegemonie zu errichten suchte. Und die Machträson der Fürsten und Minister war darum notwendig mit der Anpassung an die französische Politik verbunden.

Letzte Versuche, das Reich zu reformieren, blieben kraftlos oder scheiterten, wie der des letzten Erzkanzlers und einzig verbliebenen geistlichen Kurfürsten Dalberg, über ein Reichskonkordat Reichskirche und Reich zu konsolidieren, am Kaiser, an den neuen Souveränen und am Papst. Das Reich stand zum Konkurs an, es hatte nur noch ein Schattendasein. Als Napoleon sich 1804 zum Kaiser der Franzosen krönte, nahm der deutsche Kaiser Franz II. die Würde eines Kaisers von Österreich an; nur das, und nicht der verblaßte Reichstitel schien wenigstens Parität zu gewährleisten.

Aber noch war über die Suprematie Frankreichs in Europa nicht entschieden. Österreich und Preußen schienen ohnmächtig. Aber seit 1803 war England wieder im Krieg mit Napoleon, und dieser hatte sofort das mit England in Personalunion verbundene Hannover besetzt; damit war es mit der von Preußen geschützten norddeutschen Neutralität im Grunde zu Ende. Gegen die ständig weitergehende Expansion der hegemonialen Macht Napoleons – in Holland, in der Schweiz, in Italien –, gegen den Wirtschaftskrieg und seine Despotie (das Kidnapping des Herzogs von Enghien in Baden und seine Erschießung 1804) bildete sich ein neues Bündnis der Flügelmächte England und Rußland („Dritte Koalition“), das Frankreich eindämmen, seine Eroberungen rückgängig ma-

chen, das europäische Gleichgewicht wieder herstellen sollte. Österreich, obwohl seit den früheren Revolutionskriegen noch tief geschwächt und in seiner Politik wenig entschieden und wenig klug, schloß sich 1805 diesem Bündnis an. Anlaß zum Krieg gab die immer weitergehende französische Ausdehnung in Italien bis zur Errichtung eines napoleonischen Königreiches Italien. Napoleon, der seine Truppen bei Boulogne gesammelt hatte, um entweder die Invasion in England vorzubereiten oder den Kontinentalkrieg gegen die östlichen Mächte, warf seine Truppen im September 1805 wider Erwarten der Österreicher nicht nach Italien, sondern in atemberaubender Schnelligkeit nach Süddeutschland, schloß Bündnisse mit den süddeutschen Staaten und erzwang die Kapitulation einer österreichischen Armee unter dem unfähigen Oberbefehlshaber Mack in Ulm (17. Oktober 1805). Seine Aufforderung an Österreich (21. Oktober), nicht länger Englands Krieg – für dessen Monopol auf Meere, Kolonien und Handel – zu führen, war vergeblich, und die gleichzeitige Vernichtung der französischen Flotte durch Nelson bei Trafalgar ließ ihm keine andere Wahl mehr als den Kontinentalkrieg. Die Österreicher waren nicht genügend vorbereitet; die Koalition war unkoordiniert, sie hatte beinahe von Anfang an die Initiative verloren. Ehe die russischen Truppen präsent waren, zog Napoleon am 13. November in Wien ein, und am 2. Dezember siegte er glanzvoll bei Austerlitz (Dreikaiser-Schlacht), auch deshalb, weil der ehrgeizige Zar zu früh, ehe alle Koalitionstruppen sich vereint hatten, losgeschlagen hatte. Die Russen zogen sich eilends zurück; Österreich mußte in Preßburg Frieden schließen. Es verlor die habsburgischen oberrheinischen und oberschwäbischen Besitzungen an Baden und Württemberg, Tirol, Lindau, Vorarlberg an Bayern, Venetien, Istrien und Dalmatien an das napoleonische Italien, es wurde auf den Donaauraum reduziert; dazu mußte es eine enorme Kriegsentschädigung (40 Millionen Franken) zahlen.

Der Krieg hatte Napoleon den Weg zur Hegemonie auch über Mitteleuropa endgültig frei gemacht. Frankreich begnügte sich jetzt endgültig nicht mehr mit den sogenannten natürlichen Grenzen und seinen Satellitenstaaten (in den Niederlanden, der Schweiz und Italien), sondern begann den Aufbau eines den europäischen Kontinent beherrschenden „Grand Empire“. Bayern und Württemberg wurden Königreiche, Baden und Hessen-Darmstadt Großherzogtümer. Napoleon wollte das Reich, auch wenn es nur noch ein Schatten war, endgültig vernichten, und niemand hatte noch ein reales und wirksames Interesse an diesem altertümlichen Gebilde, im Grunde nicht einmal die Kaisermacht Österreich. Dalbergs Plan, das Reich mit dem Kaisertum Napoleons zu verbinden und so unabhängig von Österreich und Preußen zu erhalten – er setzte sogar Napoleons Onkel als seinen Koadjutor und Nachfolger ein –, blieb ohne Aussicht. Im Sommer 1806 schloß Napoleon die süddeutschen Staaten in einem Defensiv- und Offensivbündnis zum Rheinbund zusammen (16. Juli 1806). Napoleon war der oberste „Protector“ dieses Bundes, und die angeschlossenen Staaten waren verpflichtet, ihm Truppen zu stellen. Noch einmal wurden eine ganze Reihe von kleineren Herrschaften, dazu die Reichsritter, von den Mittel-

staaten mediatisiert und aufgelogen. Die größeren Staaten Süddeutschlands hätten lieber nur Militärallianzen mit Frankreich geschlossen, aber Napoleon setzte die Organisation eines Bundes durch. Für die deutschen Staaten war der Anschluß zum einen eine Frage der Selbsterhaltung gegenüber der stärksten Macht des Kontinents, zumal Preußen an seiner Neutralität festhielt und Österreich mindestens Bayern in seiner staatlichen Existenz noch immer bedrohte. Zum anderen war die Durchsetzung ihrer realen Souveränität gegenüber den kleinen Feudalherrschaften eine Lebensfrage. Das verlangte die endgültige Lösung vom alten Reich, die aber war nur um den Preis der Abhängigkeit von der neuen Hegemonialmacht zu erreichen; die Drohung Napoleons, diese Gebiete französisch zu organisieren, war das wirksamste Mittel, ihre Vorbehalte zu überwinden. Der Anschluß an den Rheinbund fand die Zustimmung aller maßgeblichen wie auch der populären Kräfte. Damals erst hat sich eigentlich Süddeutschland im politischen Sinne gebildet.

Französische Hegemonie, mittelstaatliche Souveränität und Auflösung des alten Reiches hingen unlöslich zusammen. Die Rheinbundstaaten erklärten, das Reich bestehe in ihren Augen nicht mehr und traten förmlich aus. Der Kaiser legte am 6. August 1806, zuletzt unter dem ultimativen Druck Napoleons, die Krone des Reiches nieder und erklärte mit einer recht papierernen Proklamation das Reich für beendet. Es war damit sang- und klanglos fast und ohne viel Aufhebens auch formal untergegangen, der Totenschein war ausgestellt. Bekannt ist die Bemerkung Goethes, ein Streit seines Postkutschers habe ihn mehr interessiert als diese Nachricht.

Die fast tausendjährige Geschichte des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation war zu Ende. Altmodisch, schwerfällig, ohne wirkliche Macht war es der Revolutionierung der europäischen Verhältnisse nicht gewachsen; der ungeheure Machtdruck der französischen Armeen der Revolution wie Napoleons, die Sprengkraft der inneren Gegensätze, des preußisch-österreichischen Dualismus wie des Souveränitätsstrebens der Territorialfürsten, die Überlebtheit der zersplitterten Herrschaftsorganisation von Reichskirche, Reichsadel und Reichsstädten – das vernichtete seine Existenz. Es hatte bestehende Zustände stabilisiert, das Gleichgewicht in Europa, die Koexistenz der Partikulargewalten in Deutschland, deren Konflikte es regelte oder eindämmte, die feudale Herrschafts- und Gesellschaftsordnung. Damit war es nun vorbei. Das Ende der bestehenden Ordnung, durchdringende Veränderungen, Neuordnung – das stand jetzt auf der Tagesordnung. „Deutschland“ schien einstweilen zum geographischen Begriff herabzusinken. Freilich, das politische Ende dieses alten Reiches hat auf die Dauer etwas höchst Merkwürdiges bewirkt: es hat dieses Reich aus der Wirklichkeit in die Welt von Traum und Symbol versetzt; der Traum vom „Reich“ hat seither in der Geschichte der Deutschen eine ungeheure Dynamik entfaltet; gerade das Unwirkliche, das unwirklich Gewordene bewegte die Wirklichkeit.

Preußen hatte in der 10jährigen Neutralität von 1795 bis 1805 zwar territoriale Gewinne gemacht, aber an Macht und Handlungsfähigkeit entscheidend ver-

loren. 1805 war seine Politik, auf die Illusion der Neutralität festgelegt, zögernd. Napoleons Durchmarsch durch Ansbach führte zwar zur Annäherung an die Koalition, aber bei seinem zunächst eingeleiteten Vermittlungsversuch hatte es sich von Napoleon bis nach der Schlacht von Austerlitz hinhalten lassen und übernahm dann, sich seinem Diktat unterwerfend, als Kompensation für Kleve und Ansbach das englische Hannover; aus einem potentiellen Gegner war es zum kleinlauten Bundesgenossen, ja Komplizen des Imperators geworden, es mußte sich – wider seine politischen wie ökonomischen Interessen – in die anti-englische Front einreihen. England erklärte ihm den Krieg und begann die Blockade. Zugleich war Preußen jeder Drohung und Erpressung Napoleons fast hilflos ausgeliefert, hatte fast jegliche Handlungsfreiheit verloren. 1806 verhandelte es sowohl mit dem letzten kontinentalen Gegner Napoleons, mit Rußland, wie auch mit Napoleon, z. B. über ein preußisch geführtes norddeutsches Kaisertum. Als man im August 1806 erfuhr, daß Napoleon Hannover wieder England angeboten habe, also der Preis für die Unterwerfung unter die französische Kontinentalpolitik gefährdet schien, und als König und Außenminister unter erheblichen Druck einer antifranzösischen „patriotischen“ Opposition in der Öffentlichkeit und im herrschenden Establishment gerieten, wurde die Armee mobilisiert. Als Napoleon die Demobilisierung forderte, verlangte Preußen Ende September ultimativ den Rückzug der französischen Truppen aus Süddeutschland und die Bildung eines norddeutschen Bundes. Das war eine verzweifelte Flucht nach vorn, obschon man keineswegs zum wenig aussichtsreichen Krieg entschlossen war.

Freilich, so unentschlossen und töricht die Politik Preußens war – nicht einmal konkrete Koalitionsabreden mit Rußland hatte man abgewartet –, zum Krieg kam es, weil der Anspruch Napoleons auf Hegemonie und der Anspruch Preußens auf eine auch nur annähernd selbständige Rolle als Partner eines Bündnisses unversöhnlich einander gegenüberstanden. Napoleon marschierte; am 9. Oktober erklärte Preußen den Krieg. Napoleon hat die preußische Armee – schlecht ausgerüstet, schlecht vorbereitet, ohne Kampfgeist, vor allem unbeweglich und von überalterten, initiatiellosen und unfähigen Generalen geleitet – bei Jena und Auerstedt am 14. Oktober vernichtend geschlagen. Der Großteil der anderen Armeekorps und Festungen kapitulierte sang- und klanglos, die Mehrheit auch der alten zivilen Führungsschicht gab auf – flüchtete, verließ die Positionen oder kooperierte mit der Besatzung. Der alte preußische Staat brach zusammen. Der Anschlag des Berliner Polizeipräsidenten: „Der König hat eine Bataille verlohren. Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht“ ist der klassische Ausdruck dieses Zusammenbruchs; noch im Untergang bestand das Regiment darauf, dynastisch-militärische Politik vom Schicksal der Untertanen strikt zu trennen. Blücher und Scharnhorst, die sich nach Lübeck durchschlugen, Gneisenau, der mit dem Major Schill und dem Bürger Joachim Nettelbeck zusammen die Verteidigung von Kolberg erfolgreich organisierte, und ein paar andere waren die Ausnahmen. Dennoch, der König entschied auch auf Drängen der Gegner des bisherigen Kurses gegen einen schon paraphierten Waffenstillstand und für die

Fortsetzung des Krieges im Bunde mit Rußland. Das war nach diesem Zusammenbruch erstaunlich, eine erste Regung entschiedener Widerstandspolitik; Hardenberg wurde leitender Minister, Stein allerdings – wegen seiner Hartnäckigkeit im Kampf gegen die Reste des königlichen Kabinetts – entlassen. Napoleons Versuch, die Russen durch einen militärischen Sieg friedensbereit zu machen, hatte zunächst keinen Erfolg, die Schlacht von Preußisch-Eylau (8. Februar 1807) blieb unentschieden; auch Napoleons politische Versuche, Österreich oder auch Preußen zum Bundesgenossen zu gewinnen, schlugen fehl. Immerhin mobilisierte er einen polnischen Aufstand gegen Preußen und die Türkei gegen den Zaren; das band einen Teil des russischen Heeres. Sein Sieg bei Friedland (14. Juni 1807) machte Rußland verhandlungsbereit. Auf einem Floß in der Memel trafen sich die beiden Kaiser, und Napoleon hat den Zaren damals tief beeindruckt. Der Friede von Tilsit beendete den Krieg. Preußen blieb zwar als Staat erhalten, der Zar rettete die Existenz seines bisherigen Bundesgenossen, und auch Napoleon hatte an einem Pufferstaat ein gewisses Interesse; aber es wurde auf etwa die Hälfte seines Gebietes reduziert, es verlor die Territorien westlich der Elbe – sie kamen zu dem neuen Königreich „Westphalen“ – und die letzten polnischen Erwerbungen; daraus wurden das französisch dominierte Herzogtum Warschau, in Personalunion mit dem Königreich Sachsen, und eine Freie Stadt Danzig. Darüber hinaus wurde ihm eine nicht näher definierte Kriegskontribution auferlegt, die Räumung der besetzten Provinzen war von der Zahlung dieser Gelder abhängig. Hardenberg mußte abtreten. Preußen war als europäische, ja als deutsche Großmacht ausgeschieden, war zu einer Macht dritten Ranges herabgesunken. Nach dem spätabolutistischen Österreich, nach dem feudal geprägten alten Reich war auch der Modellstaat des aufgeklärten Absolutismus, die jüngste, modernste und dynamischste Großmacht im europäischen 18. Jahrhundert, der stärkste deutsche Militärstaat, Preußen eben, dem Schlag des Vollenders und Bändigers der Revolution, dem Schlag Napoleons erlegen.

Napoleon und der Zar schlossen einen Freundschaftspakt und etablierten eine, wenn auch labile, Partnerschaft in der Kontrolle Europas. Napoleon überließ dem Zaren freie Hand gegenüber Finnland und – wenn auch eingeschränkter – gegenüber den Balkanchristen; der Zar stellte in Aussicht, sich dem Kampf gegen England anzuschließen. Napoleons Imperium schien auf seinem Höhepunkt zu stehen. Seine direkte oder indirekte Herrschaft über West-, Mittel- und Südeuropa schien endgültig etabliert, Deutschland fest ins französische System integriert, allein Österreich hatte noch eine halbe Unabhängigkeit. Das Reich Karls des Großen schien unter französischer Hegemonie wiedererstanden und Europa zur Einheit zusammenzufassen. Die Praxis des Kunstraubs – die Sammlung gewaltiger Kunstschätze aus den eroberten Ländern in Paris – war ein Symbol des neuen Imperiums. Rußland war zum Partner des Imperiums geworden, und bei der Begegnung Napoleons mit dem Zaren in Erfurt im September 1808 wurde diese Partnerschaft – gegenüber England, dem spanischen Aufstand, einem möglichen Ausbrechen Österreichs – erneut besiegelt. Englands

Möglichkeiten auf dem Kontinent waren begrenzt. Auf der anderen Seite freilich war die Stellung des Imperiums doch nicht so stabil: England blieb, unverzöhnt, eine ständige Gefahr, Rußland war ein Bundesgenosse auf Zeit, in Skandinavien, im östlichen Mittelmeer und in Polen drohten erhebliche Spannungen, in die Front gegen England war das Zarenreich nicht einzugliedern; als es England schließlich den Krieg erklärte, hat es ihn nicht geführt. Das Imperium blieb Fremdherrschaft und Unterdrückung und provozierte den Widerstand der entstehenden Nationen – der Volksaufstand in Spanien war ein erstes Signal, und er fesselte große französische Truppenteile auf Dauer.

Wir fragen, wie die Deutschen und die deutschen Staaten in dieses Imperium eingeordnet waren. Alle waren dem imperialen Wirtschaftssystem unterworfen. Das hieß zunächst, alle waren abhängig von der „Kontinentalsperre“, der Wirtschaftsblockade gegen England, die Napoleon 1806, und verschärft 1807, verkündet hatte: England sollte immerhin von seinen kontinentalen Rohstoffbasen und Absatzmärkten abgeschnitten werden; Importe aus und Exporte nach England waren – auch auf neutralen Schiffen – verboten. Das war gegenüber dem traditionellen Krieg, der nur die Kombattanten betraf, ein Schritt zur Ausweitung des Krieges aufs Bürgerlich-Zivile, ein Schritt zum totalen Krieg – revolutionär und modern: zum letzten und umfassenden Einsatz aller Mittel für das Ziel der Politik. Die unmittelbare Folge war ein gewaltiger Schmuggel, über Nord- und Ostsee, Dänemark, Schweden, das 1808 von England besetzte Helgoland, über Bremen, Hamburg und Lübeck bis nach Frankfurt und Leipzig. Vor allem überseeische (Kolonial)Waren fanden ihren Weg auf den Kontinent und nach Deutschland. Die Logik des Wirtschaftskrieges forderte die enge Kooperation zumal der Küstenländer mit der Hegemoniemacht, und angesichts immer neuer Lücken und Widerstände trieb sie Napoleon immer weiter auf den Weg direkter Intervention und Annexion; angesichts der weitverbreiteten Bestechlichkeit schien die Überwachung nur zu funktionieren, wo französische Truppen eingesetzt wurden. Nach Maßnahmen gegen Spanien und Portugal und gegen Mittelitalien annektierte Napoleon, um den Widerstand gegen die Blockade zu brechen, 1810 Holland und die deutschen Küstenregionen bis nach Lübeck; zuletzt hat ihn das Jagen nach dem Sieg im Wirtschaftskrieg mit England in die russische Katastrophe getrieben. Ebenfalls 1810 hat Napoleon die Modalitäten der Blockade geändert: an die Stelle des Einfuhrverbots trat ein 40–50%iger Wertzoll; Polizeikontrolle und Strafen wurden erheblich verschärft. Am 18./19. 10. 1810 z. B. rückten französische Truppen in Frankfurt ein, konfiszierten die großen Lager englischer Waren und verbrannten sie. Aber der Schmuggel florierte weiter; durch Freiburg z. B. rollten im August 1810 täglich 300–400 Wagen mit Kolonialwaren; die preußische Verwaltung konfiszierte zwar Waren, gab sie aber gegen hohe Gebühr wieder frei und nahm so zwischen 1810 und 1812 ca. 12 Millionen Taler ein, mit denen die Heeresreform finanziert wurde.

Neben der Kontinentalsperre stand das „Kontinentalsystem“, das gerade die deutschen Gebiete erheblich belastete: das französische Gebiet wurde gegen

deutsche Exporte durch Zölle abgeschlossen, ebenso Holland und Italien, wo die Franzosen ein Monopol hatten; Deutschland dagegen war für französische Exporte offen. Schließlich wurde der Transithandel Deutschlands schikanösen Zollbestimmungen unterworfen, auch das zu Gunsten der französischen Wirtschaft. Das System diente in erster Linie den französischen Wirtschaftsinteressen und verhinderte eine Wirtschaftseinheit des Kontinents, ja unterminierte den Zusammenhalt des Imperiums, indem es die Eigeninteressen der Satellitenstaaten gerade provozierte.

Die ökonomischen Konsequenzen waren ambivalent. Auf der einen Seite verlor vor allem Norddeutschland seine Absatzmärkte für Getreide, Holz und Leinen, das führte zu Krisen; allgemein ergaben sich eine erhebliche Teuerung (zumal natürlich für Kolonialwaren) und wirtschaftliche Zusammenbrüche, das verschärfte die kriegsbedingte Not. Auf der anderen Seite: manche Gewerbe, zumal im Textilsektor – im Rheinland und in Sachsen – nahmen, von der englischen Konkurrenz befreit und trotz hoher Baumwollpreise, einen starken Aufschwung (in Sachsen hat sich die Zahl der Mulespindeln zwischen 1806 und 1815 auf 256 000 fast verzwanzigfacht); die linksrheinischen Gebiete profitierten vom Anschluß an das französische Wirtschaftsgebiet. In Deutschland war alles weniger streng als in Frankreich; insofern waren die Preise englischer Waren geringer. Zu einer Vorherrschaft französischer Waren kam es nicht; auch die deutschen Exporte nach Frankreich wuchsen trotz Zollschranken erheblich, auch der Osteuropahandel entwickelte sich positiv; Leipzig gewann als größtes Handelszentrum noch an Bedeutung. Neben den Zusammenbrüchen entstanden bei den hohen Risiken auch große Vermögen. Aber unmittelbar am wichtigsten war die politisch-psychologische Auswirkung. Jeder war ständig von Kontrollen und Schikanen betroffen, die ökonomische Lage, die Lebensmöglichkeiten hingen mit Maßnahmen der französischen Wirtschaftspolitik zusammen; Not und Teuerung vor allem lösten eine steigende Erbitterung aus gegen die französische Herrschaft, sie trat – gerade im Rheinbund – an die Stelle der anfänglichen profranzösischen oder gleichgültigen Stimmung. Insofern hat gerade die imperiale Wirtschaftspolitik – zusammen mit der Militär- und Steuerpolitik – verursacht, daß die Parolen der „Befreiung“ schließlich Resonanz fanden.

Das „dritte Deutschland“ außerhalb Österreichs und Restpreußens, und natürlich ohne das französisch gewordene linksrheinische Gebiet, war im Rheinbund organisiert; auch die nord- und mitteldeutschen Staaten mußten sich ihm anschließen – eigentlich war er ein Rhein-Elbe-Donaubund. Neben den alten Staaten des Nordens und der Mitte, den vergrößerten und darum neuen Staaten des Südens, und neben einer Reihe übrig gebliebener Zwergterritorien (die ihre Fortexistenz vor allem persönlichen Beziehungen verdanken) gehörten dazu die neuen napoleonischen Kunststaaten: das Großherzogtum Frankfurt, das nach dem Tode seines Großherzogs, des früheren Erzkanzlers Dalberg, an Napoleons Stiefsohn fallen sollte; das Königreich Westphalen – aus Hessen-Kassel, Braunschweig, den westelbischen Gebieten Preußens und großen Teilen

Hannovers – mit der Hauptstadt Kassel, das Napoleon seinem Bruder Jerome übertrug; das Großherzogtum Berg, zuerst unter Napoleons Schwager Murat und nach dessen „Versetzung“ nach Neapel unter einem minderjährigen Neffen, für den ein französischer Kommissar regierte; das Großherzogtum Würzburg – das waren die eigentlichen Satellitenstaaten. Auch die süddeutschen Dynastien wurden durch eine Reihe von Ehen mit der Familie Napoleons verbunden. Es lohnt nicht, die zahlreichen territorialen Veränderungen in diesen Jahren hier auszubreiten: wesentlich daran ist nur, daß noch immer der Wechsel staatlicher Zugehörigkeit und Herrschaft, durch bürokratische Inbesitznahme – Patente – vollzogen, eine Grunderfahrung vieler Deutscher blieb.

Der Rheinbund war auf der einen Seite eine lose Föderation der deutschen Staaten. Versuche und Pläne, ihn straffer und mit gemeinsamen Institutionen, also bundesstaatlich, zu organisieren – wie sie Dalberg, das Außenministerium in Paris und zeitweise auch der Imperator selbst betrieb –, sind schon 1807/08 am Widerstand Bayerns und Württembergs, die ihre neue Souveränität nicht antasten lassen wollten, gescheitert. Für Napoleon lohnte es sich nicht, Spannungen zu riskieren, wenn er seine imperialen Ziele auch anders durchsetzen konnte; zudem wuchs seine Abneigung gegen jede spezifisch deutsche Organisation. Der Rheinbund war darum, auf der anderen Seite, vor allem das Instrument französischer Hegemonie. Napoleon war militär- und außenpolitisch *de facto* der souveräne Herr des Bundes: er entschied über Krieg und Frieden und den Bündnisfall wie über die Rüstung. Insofern war der Bund nicht ein Staatenbund, sondern ein Protektorat. Seine Staaten waren militärisches *Glacis*, Aufmarschgebiet gegen potentielle Gegner. Sie hatten, das war das wichtigste, pünktlich die festgesetzte Zahl von Soldaten im Rahmen der Armee des Empire zu stellen: 1806 waren es 63 000, 1808 119 000 (bei ca. 14,6 Millionen Bevölkerung und ca. 200 000 Mann der französischen Armee); gerade Bayern und Württemberg mußten, das war der Preis ihrer Eigenständigkeit, übergroße Armeen unterhalten, die sie bis an den Rand der Erschöpfung belasteten. In all den neuen Kriegen wurde die militärische Leistung immer neu angespannt, zudem mußten die Staaten während der Kriege und oft lange danach die sehr erheblichen Kosten und Lasten auch für die französischen Truppen tragen. Die Rheinbundstaaten waren fest in Kontinentalsystem und Kontinentalsperre eingefügt; sie hatten für Ruhe und Gehorsam der Untertanen gegenüber dem Imperator zu sorgen. Westphalen und zum Teil auch Berg mußten überdies aus den Domänen der enteigneten Landesherren den neugeschaffenen französischen Militär- und Verdienstadel mit großen Landgütern ausstatten und so auf einen großen Teil ihrer normalen Einnahmen verzichten. All das erzwang maximale Steuerleistungen – im Dienste des Imperiums. Insofern war das Rheinbundsystem, daran ändert alle Distanz zur älteren nationalistischen Geschichtsschreibung nichts, primär ein System der Ausbeutung und Unterdrückung.

Daneben dann gehört zu diesem System der Versuch, innere Reformen durchzusetzen: die Errungenschaften der Revolution, die Auflösung des feudalistischen Systems, so wie Napoleon sie konsolidiert hatte, zu übernehmen.

Das hatte für Frankreich einen dreifachen, vor allem machtpolitischen Sinn. Die Gleichförmigkeit von Verwaltung, Rechtsnormen und Verfassung, die Gleichschaltung mit Frankreich, sollte die Einheit des Imperiums festigen und sichern. Die Reformen sollten die Staaten effektiver machen und alle ihre Kräfte zugunsten des Imperiums mobilisieren. Die Reformen sollten schließlich – im Sinne moralischer Eroberung – die Anziehungskraft des Systems und damit seine Stabilität erhöhen. „Welches Volk wird unter die preußische Willkürherrschaft zurückkehren wollen, wenn es einmal die Wohltaten einer weisen und liberalen Verwaltung gekostet hat?“ „Die Völker Deutschlands verlangen staatsbürgerliche Gleichheit und liberale Ideen“ – das war das Programm Napoleons; und gerade die neuen Napoleonstaaten sollten in diesem Sinn „Modellstaaten“ sein. Modernisierung und Machtsicherung hingen eng zusammen, aber wir werden sehen, daß im Konfliktfall die Machtsicherung Vorrang hatte – in Westphalen war die Ausstattung des neuen Adels wichtiger als die Bauernbefreiung. Machtpolitik und Reformimpuls Napoleons haben sich mit dem Eigeninteresse der neuen Rheinbundstaaten verbunden und die Welle der großen Reformen ausgelöst. Napoleon hatte die Fürsten über die Aufsaugung der kleinen Territorien und ihre neue Souveränität zu Revolutionären gemacht; darum entsprachen die Reformvorstellungen des Imperators zum guten Teil ihrer eigenen Staatsräson.

Die Rheinbundstaaten – und keineswegs nur die von seiner Familie oder seinen Beamten regierten – waren jenseits der formellen Verpflichtungen in vielfacher Weise dem ständigen Druck Napoleons unterworfen; der französische Gesandte war in allen Hauptstädten ein Zentrum der Macht. Wünsche, Forderungen und das Veto des Kaisers konnten alle Fragen der Innen-, ja auch der Personalpolitik berühren, dem konnte man sich nur sehr schwer entziehen. Manche Befehle ergingen, wie etwa die Ächtung Steins 1808, über den Kopf der Bundesgenossen hinweg. Mit der wachsenden Krise des Imperiums zog der Kaiser, im Norden mehr als im Süden, die Zügel an: jede abweichende Meinung, geschweige denn Opposition, wurde unterdrückt, die Zensur verschärft; seit den spanischen Ereignissen fürchtete er jede Regung von Widerstand und Befreiungsbewegung. Freiheit oder Nationalität verfolgte er mit wachsendem Haß; das Deutsche überhaupt erregte sein Mißtrauen und wurde bekämpft. Sein System wurde zu einem oft despotischen Befehlssystem. Die Regierungen blieben – auch wo sich die Volksstimmung, wie wir sehen werden, änderte – an Napoleon gebunden, alles andere wäre politischer Selbstmord gewesen. Aber geheime Kritik und die Erwägungen über eine Änderung der europäischen Verhältnisse nahmen doch – etwa 1812 – durchaus zu.

Die linksrheinischen Gebiete waren ein Teil Frankreichs geworden – hier haben die großen Reformen von Verwaltung, Recht und Gesellschaft am stärksten durchgeschlagen; davon ist später zu berichten. Aber zu einer vollen Integration kam es nicht. Trotz aller Freiheiten und allem Beglückungspathos verlor das neue Herrschaftssystem nicht den Charakter der Fremdherrschaft: es waren die Franzosen, die herrschten, die Rheinländer und Pfälzer waren nicht wirklich gleich; sie sollten Franzosen werden, Verwaltungs- und Gerichtssprache war

französisch, die zentralistische Gleichschaltung wirkte zumal im Erziehungswesen in derselben Richtung. Seit dem spanischen Aufstand von 1808 wuchs die polizeiliche Kontrolle und Unterdrückung – wie überall, aber hier verschärft durch das Mißtrauen gegen einen nichtfranzösischen Bevölkerungsteil und seine möglichen Verbindungen jenseits des Rheines.

Preußen mußte nach dem Frieden von Tilsit zwar nicht dem Rheinbund beitreten. Aber es war doch weitgehend dem Willen Napoleons ausgeliefert, und zwar vor allem wegen der ihm auferlegten Kriegskontributionen. Napoleon hatte zunächst 154,5 Millionen Francs gefordert, die Preußen hatten mit 20 gerechnet; er wußte, daß diese Summe nicht aufzubringen war, zumal die Staatseinnahmen zum großen Teil zur Deckung der Besatzungskosten dienten, aber er wollte die Besatzung möglichst lange aufrechterhalten, schon um von Oder und Weichsel aus einen gewissen Druck auf den noch nicht ganz sicheren russischen Bundesgenossen auszuüben, und er wollte Preußen in der eisernen Klammer militärischen und finanziellen Drucks als politisch selbständige Macht auf Dauer ausschalten. Der leitende preußische Minister, Stein, wollte zunächst, 1807/08, Erfüllungs- und Koexistenzpolitik betreiben und in diesem Rahmen den Wiederaufbau des zerstörten Landes. Napoleon zog die Verhandlungen über Kontribution und Räumung durch immer neue und andere Forderungen hin. Darüber – und unter dem Eindruck des spanischen Aufstandes, der eine antinapoleonische Wende in Europa einzuleiten schien – wurde Stein im August 1808 zum Widerstandspolitiker: wie die Militärreformer glaubte er jetzt, daß eine Koexistenz mit Frankreich zu irgend erträglichen Bedingungen unmöglich sei und daher nur der Krieg – im Bund mit Österreich und einer allgemeinen Volkshebung – als Möglichkeit übrigbleibe; ihn müsse man vorbereiten.

Scharnhorst und Gneisenau und andere Militärs plädierten für eine Volkshebung in ganz (Nord)Deutschland; Bauernbefreiung und Verfassung sollte man verkünden und die Enthronung und Enteignung der Gegner. Das war freilich noch keineswegs die Politik der preußischen Staatsführung. Ein Brief Steins vom 15. August, in dem solche Dinge angedeutet waren, geriet in die Hände der französischen Polizei; Napoleon ließ ihn in seiner Regierungszeitung drucken und zwang eben dadurch den preußischen Unterhändler zur Unterschrift unter den Pariser Vertrag (8. September 1808): die Kontribution wurde auf 140 Millionen Francs, auf Fürsprache des Zaren 2 Monate später auf 120, festgelegt, die in dreißig Monatsraten zu zahlen war. Die besetzten Gebiete sollten zwar geräumt werden, aber die Oderfestungen sowie Militärstraßen zu ihnen blieben mit 10000 Mann und auf Kosten des preußischen Staates besetzt; im Falle des Zahlungsverzugs drohte die militärische Wiederbesetzung; Preußen mußte im Kriegsfall ein Hilfskorps stellen, die Stärke seines Heeres wurde auf 42000 Mann begrenzt. Napoleon hatte, ehe er Truppen nach Spanien abziehen mußte oder der Zar intervenieren konnte, diesen Unterwerfungsvertrag zu den für ihn günstigsten Bedingungen durchgesetzt. Als der Zar in Erfurt die Partnerschaft mit Napoleon erneut bestätigte, war die Idee der „Patrioten“ vom Befreiungskrieg einstweilen gescheitert. Diese Krise Preußens endete mit der Entlassung

Steins (24. November). Reaktionäre Opposition und Verärgerung des Königs über die Selbstherrlichkeit der Patrioten spielten dabei mit, wie auch das Ungeschick Steins; letzten Endes aber war das die Konsequenz der Einsicht, daß jetzt und nach Erfurt die Koexistenz mit Napoleon, die geduckte Existenz die einzige Möglichkeit preußischer Politik war. Für die preußischen Reformen ist das ein Unglück gewesen, denn Stein war doch in besonderer Weise deren Seele und Motor, und ihre Stunde verstrich mit der Befreiung. Am 16. Dezember hat Napoleon Stein ächten lassen, „den namens Stein“ zum Feind Frankreichs erklärt, seine Güter beschlagnahmt, seine Verhaftung überall, wo er erreichbar sei, angedroht, ja seine Erschießung. Diese Aktion, jenseits allen zwischenstaatlichen Rechts und aller deutschen Souveränitäten, entsprang unmittelbar der Furcht Napoleons vor einer Konspiration, aber zugleich der Witterung für einen großen Gegner. Aufgrund von Warnungen des französischen Gesandten konnte Stein nach Böhmen entkommen. Diese persönliche Ächtung hat die Zeitgenossen erregt; sie hat wesentlich dazu beigetragen, daß Stein in den folgenden Jahren eine so führende Stellung im deutschen und europäischen Widerstand gegen Napoleon einnahm; er war zum Symbol geworden.

Das halbierte Restpreußen mußte die gesamten Schulden des alten Staates übernehmen und auf alle Ansprüche in den abgetretenen Gebieten verzichten. Es war durch Krieg und Besatzung ausgeblutet – 216 Millionen Francs sollen die Besatzungskosten betragen haben – und geriet überdies durch die Kontinentalsperre, die den Agrarexport nach England verhinderte, in eine tiefe ökonomische Krise. Die Güter waren enorm verschuldet; das begrenzte die staatlichen Kreditmöglichkeiten. Die Tributzahlungen waren angesichts dieser Lage eine untragbare Belastung, zudem stellte der Transfer der vereinbarten Summen ein schier unlösbares Problem dar. Ausländische Anleihen waren illusionär; Verpfändung der Domänen, Zwangsanleihen, Ausgabe verzinslicher Wechsel reichten – soweit diese Maßnahmen funktionierten – nicht aus. Schon 1808/09 geriet Preußen mit seinen Zahlungen ganz erheblich in Rückstand, und die Atempause, die Napoleon während des österreichischen Krieges de facto gelassen hatte, war bald vorbei; Verhandlungen über Tilgungsaufschub etc. scheiterten vollständig, Napoleon bestand drohend und voll tiefem Mißtrauen im Hinblick auf die anlaufende Heeresreform auf der vertragsgemäßen Zahlung. Die Regierung war schon entschlossen, in Verhandlungen über die Abtretung Schlesiens einzutreten, aber das lehnte der König ab. Jetzt (im Juni 1810) wurde Hardenberg, der gegen den Willen Napoleons 1808 nicht Steins Nachfolger hatte werden können, zum Staatskanzler ernannt; er sollte mit einem Bündel finanzpolitischer Maßnahmen die Krise meistern. Davon werden wir im Zusammenhang mit den Reformen erzählen. Hardenbergs Politik gegenüber Napoleon war zwar langfristig von der Hoffnung auf einen Zusammenbruch des napoleonischen Systems geleitet, aber für die Gegenwart realistisch aufs bloße Überleben, auf Anpassung an das Imperium und allenfalls Ausnutzung günstiger Konjunkturen gerichtet, nicht auf heroischen Widerstand, nicht auf Befreiung. Es war die – altmodische – Außenpolitik eines Diplomaten der Staatsräson, nicht

eines Nationalrevolutionärs – das ist dann für den Krieg und die Neuordnung Deutschlands beim Sturz des Imperators von großer Bedeutung geworden. Auch der König war 1810–1812 unter dem Druck Napoleons in eine Art Apathie verfallen, die durch den Tod seiner bedeutenden und tatkräftigen Frau, der Königin Luise, die Rauchs Denkmal mehr noch als die preußische Legende unsterblich gemacht hat, noch gesteigert war.

Es bleibt erstaunlich, daß auch unter Hardenberg die Zins- und Kontributionszahlungen an Frankreich nicht wesentlich über das Niveau von 1808/09 anstiegen. Die zunehmende französisch-russische Spannung und die Eingliederung Preußens in die antirussische Front haben die Frage der Reparationen ein wenig in den Hintergrund gedrängt. Der französische Druck freilich blieb die beherrschende Realität. Preußen, durch die Kontinentalsperre schwer geschädigt, blieb finanziell ausgepreßt und militärisch unter Kontrolle der französischen Truppen an der Oder und der stark gerüsteten Rheinbundarmeen.

Schließlich Österreich. Es hatte sein Gewicht als europäische Großmacht eingebüßt, aber es war noch immer relativ selbständig. Nach 1805 schwankte es, im Versuch diese Selbständigkeit zu bewahren, zwischen Anpassung und Eindämmungsversuchen hin und her; 1807 nach Tilsit schien es ganz isoliert und mußte sich – im Mittelmeer – auch der Kontinentalsperre anschließen. Napoleons Vorgehen in Spanien 1808 nun schien zu beweisen, daß eine Verständigung der alten Mächte mit dem Imperium nicht möglich sei. Man lebte in der Furcht, jetzt komme Österreich „dran“; selbst Metternich, Botschafter in Paris, verließ die Linie der Anpassung und kam zu dem Schluß, daß Widerstand die einzige Alternative zur bevorstehenden Vernichtung sei. Im Herbst faßte man in Wien den endgültigen Entschluß zum Krieg. Man glaubte, Napoleon sei durch den Widerstand in Spanien und eine innerfranzösische Opposition geschwächt und Rußland, in Finnland und an der Donaumündung engagiert, nicht zum Krieg gegen Österreich bereit. Dazu kam etwas Neues, die Idee vom Volks- und Nationalkrieg. Der leitende österreichische Minister war seit 1805 der süddeutsche Reichsgraf Philipp Stadion, ein konservativer Reichspatriot, der, wie wir werden später davon erzählen, den Staat stärker auf die Nation gründen wollte. Er suchte zumal 1808 über die Presse einen neuen Patriotismus zu mobilisieren, die Sache der Regierung zur Sache des Volkes zu machen; darum ließ er auch an die „Freiheit“ appellieren. Mehr noch: der Krieg Österreichs sollte ein nationaler Krieg der Deutschen für Befreiung und Wiedergeburt des Reiches werden. Man wollte in den deutschen Staaten, vor allem im Norden, wenn die österreichischen Truppen einmarschierten, Aufstände entfesseln – „die Völker selbst müssen unsere Bundesgenossen werden“ –, um so die zögernden Regierungen mitzureißen. Gentz und Friedrich Schlegel traten in den Dienst der amtlichen Publizistik, wie im Norden Adam Müller und Kleist – im Winter 1808/09 war Österreich von einer Welle patriotisch deutscher Stimmung erfüllt, die sogar den Kaiser ergriff. Der Kriegsaufruf des Oberbefehlshabers, des Erzherzogs Karl, war an die Völker Deutschlands, an die deutschen Brüder adressiert, implizit gegen die – unfreien – Rheinbundfürsten, und warb für die Befreiung –

das waren nationalrevolutionäre Töne. Die Österreicher rechneten mit alten Reichssympathien und mit der Sympathie für die gestürzten Dynastien (in Braunschweig und Hessen-Kassel etwa); sie rechneten auf Freikorps und auf Hilfe der preußischen Patrioten, die mit der Vorbereitung von Volkserhebungen, ja dem Übertritt von Truppen umgingen.

Das ganze Unternehmen ist gescheitert. Es beruhte auf einer Fehleinschätzung der österreichischen, der deutschen, der internationalen Wirklichkeit, so gewiß auch ein Moment des Schlachtenglücks für Napoleon in die Waage fiel. Weder Stadion noch irgendein anderer konnte in Österreich einen Nationalkrieg entfesseln. Die neue Landwehr war nicht mehr als Heimatverteidigung; es blieb vor allem ein Krieg des Staates und der regulären Armee. Dieser Armee gelang es nicht, das Überraschungsmoment auszunutzen, Kräfte zu konzentrieren, die Gegner einzeln zu schlagen; der Krieg begann mit Niederlagen und der Einnahme Wiens durch Napoleon; der österreichische Sieg von Aspern, moralisch eindrucksvoll für die Zeitgenossen, weil es der erste klare Sieg über Napoleon in einer Schlacht war, blieb Episode; mit Napoleons Sieg bei Wagram war der Krieg verloren. Die Hoffnung, den Krieg zu internationalisieren, trog; weder leistete England unmittelbare Hilfe, noch trat Preußen in den Krieg ein – die Vorsicht des Königs setzte sich gegen das Drängen der „Kriegspartei“, Scharnhorsts und Gneisenaus, durch –, noch kam es zu einer Vereinbarung mit Rußland. Stadion hatte die Kräfte des österreichischen Staatswesens wie die europäische Lage verkannt. Die Aufstandsaktionen im außerösterreichischen Gebiet, wie die Züge des preußischen Majors Schill, des westphälischen Obersten Dörnberg in Kassel oder des Herzogs von Braunschweig, blieben vereinzelt – die hessischen Aufständischen, zum Teil waffenlose Bauern, stoben beim ersten Gefecht vor Kassel auseinander; die Masse der westphälischen Truppen blieb dem neuen König gegenüber loyal. Das lag gewiß auch daran, daß die auslösenden österreichischen Erfolge und eine englische Landung im Norden ausgeblieben waren, aber vor allem doch daran, daß diese Aktionen ohne wirklich breiten, jedenfalls aktiven Widerhall in der Bevölkerung blieben, ja zum Teil auf passive Resistenz stießen. Der Druck Napoleons und die Verletzung geheiligter, unmittelbar erlebter Traditionen waren nicht, noch nicht so stark, das Volk, – das doch durch Absolutismus, Feudalismus und bürokratische Regime an die Passivität gewöhnt war – in einen revolutionären Partisanen- und Guerillakrieg zu treiben.

Nur ein erstaunliches Beispiel bleibt zu berichten, der Volkskrieg in Tirol. Seitdem das Land 1805 bayerisch geworden war, unterstand es der rheinbündisch-bayerischen Bürokratie; die ständische Verfassung war aufgehoben, neue Steuern und die Konskription hatten das alte Recht verletzt, selbst der Name Tirol war abgeschafft, das Schloß Tirol versteigert worden. Die Fürstbischöfe von Trient und Chur waren des Landes verwiesen worden, der Kultus wurde staatlich geregelt. Diese antiklerikale und extrem bürokratische Praxis einer Besatzungsmacht stieß zusammen mit der Verteidigung alter Rechte, religiöser und dynastischer Loyalitäten, der Tradition freier Bauern; dazu kam die Nähe zu Österreich, das den Bauernaufstand hier planmäßig vorbereitet hatte, kamen

die Vorteile des Hochgebirges für einen Volkskrieg. In fünf Tagen war das Land befreit; viermal siegten die Bauern, von Andreas Hofer und anderen geführt, über Franzosen und Bayern am Berge Isel. Das war ein schon den Zeitgenossen denkwürdiges Ereignis, ein Volksaufstand und Befreiungskampf aus dem Geiste eines konservativen Regionalismus, diesseits noch der nationalrevolutionären und demokratischen Bewegungen, die man im Zeitalter der Revolution erwarten könnte.

[...]

V. Die Revolution von 1848/49

1. Die Märzrevolution

Alle Spannungen und alle Hoffnungen des politischen und sozialen Lebens der Deutschen bündeln sich in dem Aus- und Aufbruch der großen deutschen Revolution von 1848/49.

Trotz der eschatologischen Revolutionsfurcht der Konservativen, trotz der Hungerrevolten von 1847: die Revolution in Deutschland kam unerwartet, und sie war nicht – von Aktivisten und Verschwörern – geplant; die Liberalen, die sie führten, hatten sie nicht gewollt, sie war nicht unausweichlich. Auslöser war die Februarrevolution in Paris. Die Auseinandersetzung der Bewegungs- und Beharrungskräfte war eine europäische Sache; auch die Deutschen lebten im Blick auf Europa, und auf Frankreich, das Modelland der Revolution zumal. Die Nachricht von den Pariser Ereignissen – am 24. Februar wurde der Thron von Louis Philippe auf dem Bastilleplatz verbrannt – war der Funke, der in die deutschen Spannungen einschlug und die Welle der Unruhe in Gang setzte. Das war der Anlaß. Aber die Revolution ist natürlich nicht importiert, sie ist auch ein deutsches Phänomen, aus deutschen Krisen und Problemen erwachsen, sie ist ein Teil der europäischen Revolution und hat doch ihre ganz spezifischen eigenen Inhalte und Ziele.

Was im März geschieht, das ist zunächst eine Kette von Revolutionen in den deutschen Einzelstaaten, zumal in den Hauptstädten, aber auch in manchen der größeren Provinzstädte, begleitet von sozialen Unruhen, vor allem auf dem Lande, teils gleichzeitig, teils nach Art einer Kettenreaktion überspringend; die Abläufe sind gleichartig und so die Forderungen, die vielen Revolutionen sind mittelbar und unmittelbar miteinander verbunden und bilden im Konsens von Wollen, Fühlen und Tun die eine deutsche Revolution, über die nicht nur geographisch sehr unterschiedlichen Schauplätze und Handlungszentren hinweg.

Typisch etwa der Revolutionsablauf in Baden. Am 27. Februar, unter dem Eindruck der Pariser Nachrichten, beschließt eine große Volksversammlung in Mannheim, auf der der Liberale Mathy und der Radikale Hecker noch gemeinsam auftreten, eine Petition zunächst an die Kammern. Man verlangt Volksbewaffnung, also Bürgerwehr, Miliz: das monarchische Heer soll nicht mehr das Waffenmonopol haben; man verlangt „Preßfreiheit“, das Ende der Zensur, Freigabe der vollen politischen Öffentlichkeit, im Grunde: Ende des Parteiverbots; verlangt „Schwurgerichte“, das heißt: Demokratisierung der Justiz, zumal bei politischen Vergehen – und: ein deutsches Nationalparlament. Das sind nicht mehr Forderungen, die nur Gesetze ändern; sie wollen das System, die Machtverhältnisse ändern, in Baden wie in Deutschland. Diese Forderungen

sind in ähnlicher Form überall aufgenommen worden, es sind die klassischen „Märzforderungen“. Am 1. März geht eine Deputation nach Karlsruhe, begleitet von einer Massendemonstration – das wird jetzt die Machtbasis einer Revolution: Stadtbürger, Gesellen, Arbeiter und Studenten, Bauern und Landleute aus dem ganzen Land, zum Teil mit der Eisenbahn herbeigeeilt, zum Teil bewaffnet, von großen Reden und dem Geist einer allgemeinen Verbrüderung beflügelt, tumultuös in der Nähe der Kammergebäude. Die zweite Kammer übernimmt die Märzforderungen und ergänzt sie: Verfassungseid des Heeres, Abschaffung der Feudalrechte, Ministerverantwortlichkeit. Der Großherzog widerstrebt zunächst, aber preußische Waffenhilfe lehnt er ab, und dann gibt er nach. Am 9. März bildet er aus den liberalen Parteiführern eine neue Regierung, die die Märzforderungen nicht nur anerkennt, sondern durchzuführen unternimmt. Das ist der neue Typus der „Märzregierung“.

Überall im dritten Deutschland ist es ähnlich: Volksversammlungen; Demonstrationen, Adressen, Petitionen, Unruhe und Druck; die Regierungen wagen gemeinhin nicht, Polizei oder Militär einzusetzen; gelegentlich wird – wo Regierungen zögern oder nur halbe Konzessionen machen – ein Zeug- oder ein Rathaus gestürmt wie in München oder Frankfurt; an die klassischen Märzforderungen kristallisieren sich andere an: Neuwahlen, Liberalisierung des Wahlrechts, Verfassungsrevision, Bauernbefreiung. Die Monarchen nehmen zuletzt an, und sie setzen neue liberale Märzregierungen ein. Nur in München dankt der Monarch, Ludwig I. – autokratisch und nicht bereit, mit den neuen Kräften sich zu arrangieren –, zugunsten seines Sohnes Maximilian ab.

Die Revolution griff auf die beiden Großstaaten über, die Bollwerke des alten Systems, auf Wien und Berlin zumal. Hier entschied sich vorerst das Schicksal der deutschen Revolution. In Wien hatte Metternich zunächst geglaubt, die französische Revolution und dann die italienische, international eindämmen zu können, und die Wiener, die wußten, was das kostete, stürmten die Banken, um Papiergeld einzulösen; aber das erwies sich als illusorisch, als die Revolution auf Deutschland und Ungarn übergriff. Die Wiener Liberalen, in Vereinen organisiert, brachten am 7. März eine Petition in Umlauf, die Studenten (die „Aula“) eine etwas schärfer formulierte. Als die moderat oppositionellen niederösterreichischen Stände am 13. März über solche Forderungen berieten, kam es vor dem Landhaus zu einer Massendemonstration, zu Tumulten, einem Sturm auf das Landhaus. Das – zögernde – Eingreifen von Militär verschärfte nur die Spannung. In den Vorstädten kam es zu schweren Unruhen, einer Art „proletarischer“ Revolution: Leihhäuser, Steuerämter und auch Fabriken wurden gestürmt, zum Teil auch Läden geplündert. Viele Bürger stellten sich auf die Seite der Studenten; man forderte den Abzug des Militärs und den Rücktritt Metternichs. Die „Staatskonferenz“ beugt sich. Man verzichtet auf die militärische Unterdrückung des Aufstands, man hat sein Selbstvertrauen verloren, ja beinahe die Handlungsfähigkeit, man läßt Metternich fallen, froh, ein Opfer gefunden zu haben – vielleicht kommt man mit einem reformkonservativen Kurs weiter, da wäre er nur hinderlich. Das Establishment ist brüchig und von inneren Ge-

gensätzen erfüllt, das vergrößert die Chance der Revolution. Metternich hat nicht mit letztem Einsatz gekämpft, geschichtspessimistisch gibt er seine Sache verloren: er tritt zurück. Bei Nacht und Nebel flieht er, eben noch einer der mächtigsten Männer, nach England. Das Militär wird zurückgezogen, eine bürgerliche Nationalgarde und eine „Akademische Legion“ werden genehmigt; ein zuerst inhaltendes Verfassungsversprechen wird, nach einer neuen Belagerung der Hofburg, präzisiert; die Zensur wird aufgehoben. Die Regierung wird umgebildet, freilich nur im Rahmen des alten Beamtenestablishments.

Verlauf und Ergebnis der Märzwochen haben der Wiener Revolution einen spezifischen Charakter eingeprägt. Zum einen: in ihr spielte das radikale Element eine größere Rolle als anderswo. Die hauptstädtischen Massen der entstehenden Arbeiterschaft gaben der Revolution ein Teil ihres Gewichts, sie waren ein Potential der Radikalität. Nur in Wien sind die Studenten, vom Privilegien- und Kastenwesen des bisherigen Systems besonders betroffen, so selbständig und so führend hervorgetreten, radikaler als die bürgerliche Mitte, und sie haben mit der Akademischen Legion ihren Einfluß einstweilen konsolidiert. Das bedeutete, die Radikalen schieden nicht, wie sonst, aus der Führung der Revolution aus. Darum hat sich in Wien die Dialektik von Radikalismus und Gegenrevolution schärfer ausgeprägt als überall sonst – mit weitreichenden Folgen für die Deutschen insgesamt. Zum anderen: die Staatsführung machte zwar Konzessionen, vor allem stellte sie angesichts der drohenden Agrarrevolution die Agrarreform in Aussicht, aber es kam – einstweilen – nicht zu einem Märzministerium, das eine bürgerliche Reform im Rahmen der Monarchie in Angriff nahm. Gerade deshalb kam es in Wien nicht zu einer zeitweiligen Konsolidierung der Revolution – sie trieb mit Bürgerausschuß und Demokratischem Klub, Nationalgarde und Legion weiter, auch deshalb behielt die Linke ihre Position. Als die Regierung am 25. April eine Verfassung vom belgischen Typ und ein beschränktes Wahlrecht vorschlug, erhob sich wilder Protest: das konnte doch nicht Sache der Regierung sein; sie mußte am 15. Mai eine Nationalversammlung – zur Ausarbeitung der Verfassung – und das allgemeine Wahlrecht zusage, der Nationalgarde und der Legion Zugeständnisse machen. Der Hof „floh“ am 17. Mai aus dem radikalen Wien nach Innsbruck und gewann damit wieder ein Stückchen Handlungsfreiheit. Der Versuch der Regierung in Wien, die Macht der Studenten einzuschränken, scheiterte, statt dessen wurde ein „Sicherheitsausschuß“ unter Führung des eher gemäßigt-radikalen Studentenführers Adolf Fischhof installiert – das war eine Art Nebenregierung. Die Regierung selbst wurde demokratisiert; einer der Führer der bürgerlich-demokratischen Opposition, ein Mann der Barrikade, Alexander Bach, wurde Justizminister.

Aber der Kaiserstaat war nicht nur von der Revolution in Wien erschüttert, sondern erst recht von den nationalen Revolutionen seiner Teilgebiete: der Bestand dieses Reiches überhaupt stand in Frage. Die italienischen Provinzen hatten sich erhoben und selbständig gemacht, Piemont hatte den Krieg eröffnet, England und Frankreich begünstigten die italienische Revolution. Das revolutionäre Ungarn schien sich aus dem Gesamtstaat herauszulösen. Auch in Prag

hat es im März eine Revolution gegeben. Sie war, wie überall, liberal-konstitutionell, mit sozialen Einschlägen, aber sie war auch böhmisch: sie forderte Autonomie und Mitbestimmung der Stände und Vereinigung der Länder der Wenzelskrone, d. h. Anschluß Mährens und Schlesiens – diese Länder wollten davon freilich wenig wissen. Anfangs wirkten Deutsche und Tschechen durchaus zusammen, Prag war ja noch eine stark deutsche Stadt. Aber diese Gemeinsamkeit zerfiel, der nationale Gegensatz wurde zum Sprengsatz. Machtansprüche und Bedrohungsgefühle, Gleichberechtigung oder Dominanz der Tschechen in einem autonomen Böhmen, soziale Spannungen, die angesichts der größeren „Bürgerlichkeit“ der Deutschen einen nationalen Ton annahmen – das schob sich in den Vordergrund; die ständische Adels„partei“, mehr böhmisch als tschechisch, verband sich mit den bürgerlich-tschechischen Kräften; das lief gegen die deutsch-böhmischen Interessen. Entscheidend wurde dann, daß die Deutschen an der gesamtdeutschen Neuordnung teilnehmen wollten, die Tschechen aber nicht, darüber konnte es keine Verständigung mehr geben; davon werden wir gleich erzählen.

Die österreichische Regierung war angesichts der Revolution wie der Existenzkrise des Gesamtstaates in einer schwachen Position. Das bedeutete für die Deutschen insgesamt: Österreich fiel einstweilen als handlungsfähige Macht, als Gegner wie als Partner einer deutschen Politik aus.

Schließlich die Revolution in Preußen. Anfang März gab es Agitation und Unruhen im Rheinland. Eine Versammlung von über 5000 Menschen in Köln (3. März) forderte, von dem kommunistischen Arzt Gottschalk bestimmt, nicht nur das Übliche, sondern ganz radikal: Gesetzgebung und Verwaltung durch das Volk und seine revolutionären Ausschüsse, ja Schutz der Arbeit, Sicherheit der Lebensbedürfnisse; Militär löste die Demonstration auf. Daneben und dagegen gab es dann eine liberale und auch eine linksliberale Petition, zumal die liberale fand auch in anderen Provinzen Resonanz. Aber in Preußen kam es auf Berlin an. Seit dem 7. März kam es hier zu einer Kette von erst kleinen, dann immer größeren Volksversammlungen „Unter den Zelten“ im Tiergarten, wo Adressen mit den üblichen Forderungen verabschiedet wurden; die Unruhe wuchs; sozialrevolutionäre Protesttöne traten hinzu und die Empörung darüber, daß das Militär strategisch wichtige Punkte besetzt hatte. Am 13. März abends kam es zuerst zu Zusammenstößen zwischen Militär und Demonstranten, zu Barrikadenbau und Straßenkämpfen, schließlich zu den ersten Todesopfern. Bürgerdeputationen forderten die Zurückziehung der Truppen; der König, unsicher und unter dem Eindruck des Sturzes von Metternich, entschloß sich endlich zur Verständigung: am 18. März verfügte er die Aufhebung der Zensur, die Einberufung des Vereinigten Landtags und versprach Verfassung und Reorganisation des Bundes. Eine große Volksmenge vor dem Schloß, ursprünglich gewillt, auf Annahme der Forderungen zu drängen, dankt dem König mit lauten Ovationen, aber die Bajonette irritieren, es ertönen einzelne Rufe nach dem Abzug der Soldaten. Darauf geht Befehl an die Truppen, den Platz zu räumen, einzelne ungezielte Schüsse lösen sich, der Ruf „Verrat“ und „Zu den Waffen“ ist

die Antwort – die Kämpfe beginnen von neuem. Das war freilich mehr als ein unglücklicher Zufall, Mißverständnis oder Kopflosigkeit. Das war der Grundkonflikt der Berliner Revolution, der Konflikt zwischen Zivil und Militär. Die Frage Abzug oder Verbleib der Truppen war die Frage nach Substanz und Seele der preußischen Monarchie, nach der unantastbaren Autorität des Königs, gegründet auf das Königliche Heer. Der Ruf „Militär weg“ bedeutete: der König sollte dem Militärstaat abschwören, sollte Bürgerkönig werden – das revolutionierte die Grundlage des preußischen Staates.

Die ganze Bevölkerung Berlins war in Aufruhr, von Hausbesitzern bis zu Arbeitern. Hunderte von Barrikaden wurden errichtet, und es kam zu erbitterten Straßen- und Häuserkämpfen; es gab mehr als 230 Tote. Die Truppen drangen, zum Teil mit dem Einsatz von Artillerie, vor. Aber in der Nacht zum 19. März änderten sich die Entschlüsse. Der Befehlshaber, der General von Prittwitz, zweifelte an der Moral und der Fähigkeit seiner Truppen für den Straßenkampf, wollte die Stadt lieber von außen belagern. Der König, von den Ereignissen erschüttert, schwenkt um. Alles sei, so erklärt er in einem Aufruf ‚An meine lieben Berliner‘, ein unseliger Irrtum; er zieht die Truppen zurück, er kapituliert vor der Revolution. Am 19. März ehrt er die Toten der Revolution; die Bürgerwehr wird aus dem Zeughaus mit Waffen versehen und bewacht jetzt das Schloß. Der Bruder des Königs, der Prinz Wilhelm, der vielgehaßte Protagonist der Militärpartei, muß Berlin verlassen, nach England ausweichen. Der Zusammenbruch der alten Ordnung scheint eindeutig, die Revolution des Volkes hat die bisherige Autorität auch im stärksten Militärstaat Deutschlands niedergeworfen. Am 21. März reitet der König, mit Prinzen und Ministern, mit schwarz-rot-goldenen Armbinden feierlich durch Berlin; er verbittet sich zwar den Ruf: „Es lebe der Kaiser von Deutschland“, aber neben der königlichen Gruppe geht der Tierarzt Urban mit langem Bart und wallenden Locken und trägt eine gemalte Kaiserkrone. In einer Rede bekennt sich Friedrich Wilhelm zur deutschen Einheit, zur Freiheit und zur Verfassung: „Preußen geht fortan in Deutschland auf.“ Sollte das der neue Beruf Preußens, der neue Beruf der Monarchie sein? Jedenfalls war es ein Versuch, unmittelbar nach der Niederlage eine Politik moralischer Eroberung einzuleiten, eine deutsche Politik. Am nächsten Tag präzierte der König das Verfassungsversprechen; am 29. März berief er ein März-Ministerium unter Führung der beiden rheinisch-großbürgerlichen Liberalen Camphausen und Hansemann. Das war ein eigentümlicher Sieg des neuen preußischen Westens über den alten junkerlichen Osten. Das Ministerium sollte auf dem Wege der Vereinbarungen zwischen Königtum und bürgerlicher Bewegung Preußen in eine konstitutionelle Monarchie und eine bürgerliche Gesellschaft umformen. Als der König freilich am 25. März in Potsdam die Offiziere der Garde aufforderte, den Geist der Zeit voll anzuerkennen – „ich bin niemals freier und sicherer gewesen, als unter dem Schutze meiner Bürger“ –, löste das Murren aus. Ultraroyalisten warteten auf den Befehl zur Gegenrevolution. Bismarck wollte sie mit Bauern und Militär organisieren, im Namen des Prinzen Wilhelm; einer der Generale wollte ihn darum wegen Hochverrats verhaften.

Aber der König nahm die Bereitschaft der Armee zur Gegenrevolution nicht an; die Offiziere, preußischer und monarchischer als ihr König, standen da wie „beggossene Pudel“. In dieser Divergenz zwischen König und Heer lag eine der Chancen der Revolution. Der König blieb bei seiner politischen Entscheidung, unsicher gewiß, aber zuerst setzte er auf eine deutsche Politik und darauf, die radikaleren Strömungen isolieren zu können.

Soviel zu den Ereignissen. Wir fragen noch etwas genauer nach den Zielen und nach den Trägern dieser Revolution. Die „Märzforderungen“ sind, von Vorformulierern ausgesprochen, nur ein karger, nicht immer ganz verständener, ein eher symbolischer Ausdruck dessen, was das Volk bewegte. Jeder mochte sich anderes unter diesen Forderungen vorstellen, mochte an andere Beschwerden anknüpfen, andere Erwartungen an eine neue Ordnung hegen. Aber es gab ein gemeinsames Grundgefühl: den Unwillen über die bestehende Herrschaftsordnung, über diesen Staat. Das war der Obrigkeitsstaat, der Staat der bürokratischen Bevormundung, der Ämter und der umständlichen Prozeduren, der Gerichte, der Staat der Soldaten, der Zöllner, der Gendarmen, der sich auf Befehl und Gehorsam, auf Verbot und Erlaubnis gründete, Pflichten setzte und wenig Rechte gewährte, der Staat, der Jugend und Studenten, Handwerker, Arbeiter, kleine Leute dauernd kontrollierte, maßregelte, schikanierte, der Staat, der das freie Reden hinderte und die kritischen Wortführer der Volkstimmung mit Zensur, mit Prozeß, mit Emigration bedrohte, der Staat der Steuern, zur Finanzierung von Hof und Militär vor allem, über die man zu wenig zu sagen hatte, der Staat endlich der dynastischen und vor allem feudalen Privilegien, die drückten und das Gerechtigkeitsgefühl verletzten. Gewiß, politisch und rechtlich ging es den Deutschen weit besser als 1789. Sie waren weniger gedrückt und geduckt, weniger ungerecht behandelt, weniger ausgepreßt, Freiheit und Sicherheit waren größer und die Achtung der Menschenwürde – es gab weniger Prügel –; Korruption und Verschwendung der Herrschaft waren entschieden geringer; aber – die Maßstäbe hatten sich geändert, das Selbstbewußtsein war gewachsen, das kehrte sich gegen das alte System. Es war ein lang aufgestautes, ein gärender Unmut, der nun zur Explosion kam. Der Unwillen war größer als die positive Zielbestimmung, aber die Herrschaftsordnung sollte freier, sollte volkstümlicher werden, das war gewiß. Und Verfassung und Mitbestimmung waren die Symbolworte einer neuen Ordnung. Darum sammelte sich das Volk hinter den von schmaleren politischen Bürgerschichten vorgebrachten liberal-demokratischen Forderungen und verlieh ihnen revolutionäres Gewicht. Und das alles galt für die Staaten ohne wie für die mit Verfassung – auch sie waren obrigkeitlich, waren nicht-volkstümlich, nicht freiheitlich. Die frühen Verfassungen wirkten nicht, wie ihre Schöpfer gedacht hatten, als Ventile, das Verweigern der Verfassung wirkte nicht als Damm. Vor der Revolution wurde dieser Unterschied gleichgültig.

Verfassung also als Leitwert. Und dann: Nationalstaat. Das ist ganz erstaunlich. Denn das nationale Ziel war doch viel weniger konkret auf den Alltag bezogen; die Logik des Zusammenhangs von Freiheit und Einheit war für die

Normalbürger eher abstrakt, identitätsbekümmert waren doch nur die Gebildeten. Aber es ist ein Mißverständnis des Politischen, nur nach unmittelbaren Interessen und Erwartungen zu fragen. Für das städtische Volk war das nationale Ziel eine Selbstverständlichkeit geworden. Gewiß, der nationale Staat stand auch symbolisch für Freiheit und Bürgerstaat, gegen den bösen Bund und die heimische Obrigkeit zugleich. Aber die Nation war auch eine Wirklichkeit *sui generis*, ein Zweck an sich.

Zu diesen Zielen gehört die eigentümliche Stimmung der Revolution, von der alle Berichte voll sind: die Stimmung des Aufbruchs, des „Frühlings“, wie man gerne sagte, der großen, wenn auch unbestimmten Erwartungen und Hoffnungen, daß nun alles neu werde und besser. Da sind Jubel, festliche Umzüge und Bankette, das Gefühl der Zusammengehörigkeit – man umarmt sich auf offener Straße –, der eigentümliche Drang, immer auf der Straße zu sein, in Bewegung sozusagen, der Wunsch etwas zu tun, etwas Gemeinsames vor allem, und da man nicht recht weiß, was, mündet das oft in den Wunsch, die Waffen zu ergreifen, Soldat zu sein, in die Bürgerwehr zu gehen. Die Erwartung einer neuen Zeit und die Bereitschaft zu handeln, das bestimmt nicht nur die Atmosphäre, sondern auch den Charakter dieser Revolution.

Wir fragen weiter nach den sozialen Zielen und Ursachen der Revolution, und das führt zur Frage nach ihren Trägern. Die Revolution ist begleitet von sozialen Bewegungen, ja verquickt mit ihnen. Am wichtigsten sind die bäuerlichen Unruhen dieser Märzwochen. In Österreich stand die Bauernbefreiung noch aus. Im Gebiet der Grundherrschaft, in Süd- und Mitteldeutschland, war die Ablösung der herrschaftlichen Lasten aufgeschoben, steckengeblieben, unvollendet; das galt in besonderem Maße für die Gebiete der Standesherrn, zumal sie mit Hilfe ihrer öffentlichen Rechte vielfach noch eine Art Unterlandesherrschaft darstellten. Zugleich war aber in den Verfassungsstaaten des dritten Deutschland das Selbstbewußtsein, die Politisierung der Bauern, weiter gediehen. Im März erhebt sich in weiten Gebieten, zumal Südwestdeutschlands, der hessischen Staaten, dann auch Thüringens und Frankens, eine große Bauernrevolution. Sie richtet sich gegen den grundherrlichen Adel und gegen die großen Standesherrn – die Hohenlohe und Neipperg, die Fürstenberg und Leiningen z. B. – besonders vehement, aber auch gegen die staatlichen Domänen-, Forst- und Steuerämter und – gegen die kreditgebenden Juden. Das läuft oft noch in den Formen des Bauernkriegs ab; spontane Demonstrationen, Zug vor das Schloß oder das Amtshaus, wo man die Herausgabe der Akten verlangt, um sie zu verbrennen; in Weinsberg erklären 500 Bauern, als ihnen ein verschüchterter Amtmann den Schlüssel zum Weinkeller anbietet: „Wir sind nicht gekommen, zu essen und zu trinken, wir wollen nichts, gar nichts, als die Akten verbrennen, die uns an den Bettelstab bringen, und dann wollen wir zum Könige und ihm unsere Not und Armut erzählen.“ Nicht immer geht es so ordentlich zu, es gibt auch Plünderungen, Zerstörungen, Brandstiftungen, Gewalt also, mit dem Ziel freilich, möglichst schnell die Kapitulation der staatlichen oder feudalen Gewalten zu erzwingen. In Nassau ziehen viele tausend Bauern nach Wiesbaden und

verlangen die Überführung der fürstlichen Domänen in Staatseigentum und dann ihre Aufteilung – und manche kommen dann mit Geldsäcken auf die Ämter, um sich ihren Anteil zu holen; „Sicherheitsausschüsse“ auf den Dörfern setzen Schultheißen und Förster ab. Die Bauern stellen hier, einstweilen, das Steuerzahlen ein, und sie eignen sich Waldnutzung und Jagdrecht an; ganze Dörfer ziehen dann, mit verrosteten Flinten oft, zu riesigen Treibjagden aus.

Diese Revolution des Landes ist eine Revolution der Bauern gegen die Herren und den Staat. Die dörfliche Armut, die sozialen Gegensätze im Dorf, sie spielen dabei keine Rolle; es sind nicht die Landarbeiter und nicht die unterbäuerlichen Schichten, die Revolution machen.

Die Agrarrevolution bleibt fast ganz auf die beschriebene Zone des alten Deutschland beschränkt. In Preußen bleibt das Land im wesentlichen ruhig, nur in Schlesien kommt es zu erheblichen Unruhen – mit Einschluß hier auch der kleinbäuerlichen Zwischenschichten. Aber Schlesien war die Provinz, in der die Bauernbefreiung am meisten durch Verzögerung und Einschränkungen aufgehalten war. In Österreich war die potentielle Agrarrevolution immerhin eine wirksame Drohung, die die Agrarreform erzwang.

Die Bauernrevolution wäre ohne die Stadtrevolution am Anfang nicht zustande gekommen. Sie war dann eine eigenständige soziale Revolution, mit eigenen Motiven und Zielen, mit eigener Dynamik. Aber politisch fügte sie sich in die liberale Bürgerrevolution ein. Bauern und Bürger wollten die alte feudale Ordnung abschaffen, wollten freies Eigentum. Freilich, die Vehemenz der Bauern war größer, ihre Methoden waren radikaler. Sie wollten bäuerliches Eigentum, aber um historische Eigentumsrechte, um Gesetz und Ordnung scherten sie sich dabei nicht. In einem Land, dessen Bevölkerung noch zu zwei Dritteln auf dem Lande lebte – und das keine Hauptstadt hatte –, waren Gewalt und Gewaltbereitschaft der Bauern ein wesentlicher Teil der Massenbasis und der Durchschlagkraft der bürgerlichen Revolution, auch wenn die Liberalen diese Gewalt nicht mochten. Die Märzminister haben auf der einen Seite sich von Aufruhr und erzwungenem Eigentumsverzicht distanziert – Heinrich von Gagern zerriß in der Kammer in Darmstadt eine solche Erklärung –, ja sie militärisch unterdrückt. Aber sie versprachen sofort, die bäuerlichen Forderungen nach Grundentlastung und Aufhebung der Adelsprivilegien zu erfüllen und nahmen das in Angriff. Die Bauern haben schnell erreicht, was sie wollten. Das hat eine ganz wichtige Folge: die Bauern scheiden aus der Revolution wieder aus. Sie denken in ihrem konkreten und lokalen, dörflichen Horizont und nicht im staatlich-nationalen der Städte, sie bleiben partikular. Als sie haben, was sie wollen, zeigt sich, daß sie der liberalen wie der demokratischen Politik, der Politik von Städtlern eben, fremd gegenüberstehen. Im Frühjahr 1848 sind die Bauern einer der Treibsätze der Revolution, aber dann muß die Revolution ohne sie weiterleben, sich konsolidieren oder untergehen.

Auch bei den städtischen Revolutionen spielen sozialer Protest und sozialrevolutionäre Motive eine Rolle. Wir haben von den arbeitenden Klassen und der Not der Pauperismuskrise der 40er Jahre erzählt; noch klaffte die Schere zwi-

schen Bevölkerungswachstum und stagnierendem Arbeitskräftebedarf, noch steckten Fabrik und Fabrikarbeitschaft erst in den Anfängen. 1846/47 hatten infolge von Mißernten schwere Agrar- und Hungerkrisen Deutschland (und Europa) betroffen. Steigende Nahrungsmittelpreise, sinkende Kaufkraft, sinkender Absatz und sinkende Produktion im Gewerbe, Anstieg der Unterbeschäftigung – das war die durch eine industriell-kommerzielle Rezession verschärfte Lage. Dieser Hintergrund verstärkter Not war ein wesentlicher Faktor der Revolutionsbereitschaft und -neigung: es muß anders werden, die politischen und die sozialen Machtverhältnisse sind schuld an der Not, sie müssen geändert werden, das war eine verbreitete Meinung. Zur Revolution im März gehören sozial motivierte Unruhen der arbeitenden Klassen. Ein gut Teil ihres Protestes richtet sich – altmodisch – gegen Fabrik und Maschine: so in Mannheim, Hanau und Mainz, in Leipzig, Schmalkalden und anderen thüringischen Orten, in Solingen, Krefeld und anderswo im Rheinland; Maschinen werden gestürmt von Arbeitern und Handwerkern, Dampfschiffe und Eisenbahnanlagen von Fuhrleuten und Schiffern. Die Krefelder Seidenweber wollen im Rahmen einer Innung die Webstühle aufteilen, keiner soll mehr als vier haben: kleingewerbliche Privatisierung der Produktionsmittel. Aber das war alles stark lokal, kein großes Revolutionsprogramm gegen Staat oder bürgerliche Gesellschaft im ganzen, mehr Begleiterscheinung und Unterströmung als eine eigene Sozialrevolution. Die sächsischen, die bergischen und die Mehrheit der niederrheinischen Textilarbeiter z. B. blieben fast ganz ruhig.

Anderes ist in diesem Zusammenhang wichtiger. Die Arbeiter in den Großstädten nahmen teil an der Revolution, in Köln, in Mannheim, in Wien. In Berlin traten sie noch nicht bei der Versammlung vor dem Schloß auf, aber dann riefen Studenten die Arbeiter von Borsig herbei; sie ließen sich ihren Wochenlohn auszahlen, und dann kamen sie mit Äxten bewaffnet zum Barrikadenbau. Aber in der Folge sind die Fabrikarbeiter nicht mehr von der Masse der Tagelöhner und Armen zu unterscheiden: das war ein Reservoir von Unruhe, leichter bereit, über die Grenzen polizeilich-legaler Ordnung hinweg zu gehen, zu demonstrieren und auf die Barrikaden zu gehen. Aber das galt auch für die randbürgerlichen Handwerker, die proletarisierten Kleinmeister, die unruhigen Gesellen, die vom Niedergang des Handwerks und dem Aufstieg der Fabrik zugleich bedroht waren. Sie waren in besonderer Weise aktiv und mobil, neuen Ideen aufgeschlossen, oppositionell- sie gerade waren überall ein tragendes Element der Revolution. Unter den Toten der Berliner Märzkämpfe finden sich besonders viele Tischler, Schlosser und Schneider, in diesem Falle Handwerker, die an der Grenze zur Lohnarbeit standen. Diese unter- und randbürgerlichen Massen nehmen an der bürgerlichen Revolution teil, sie geben ihr Resonanz, Trieb- und Durchschlagskraft. Aber die soziale Not und die Unruhe der arbeitenden Klassen ist nicht die Ursache der Revolution.

Man kann auch sonst noch soziale Trägergruppen der Revolution ausmachen: die Intellektuellen etwa, die Journalisten, Literaten, Buchhändler, Extheologen und auch Studenten. Sie haben die Revolution nicht gemacht, aber als sie

einmal da ist, spielen sie, zumal auf dem radikalen Flügel, ihre besondere Rolle. Unter den eigentlichen Bürgern sind generell an Aufruhr und Kampf die jüngeren und kleineren mehr als die etablierten, besitzenden und gebildeten beteiligt. Aber es bleibt eine gemeinbürgerliche Revolution.

Man hat von rechts wie links versucht, die Dinge anders zu erklären. Eigentlich, so meint man, machen die kleinen Leute, die Gesellen und Arbeiter, die Studenten, die Bauern die Revolution aus sozialen und nicht aus politischen Antrieben. Ja, eigentlich gibt es zwei Revolutionen: die vor allem sozial geprägte Revolution der Massen, die die Bresche schlagen, und die Revolution der Honoratioren, der Bürger von Besitz und Bildung, die dann mit dem liberalen Programm hinzutreten und sich an die Spitze setzen – um die Regierungen mit der nun einmal vorhandenen revolutionären Gewalt auf ihren Kurs zu zwingen, aber auch um die Revolution zu kanalisieren und einzudämmen, die Ordnung wiederherzustellen, den sozialen Umbruch abzuwenden. Aber das ist eine Konstruktion. Gewiß haben die liberalen Honoratiorenpolitiker die Revolution nicht gewollt, und gewiß wollen sie sie zugleich benutzen und kanalisieren; aber es gibt nicht zwei Revolutionen. Die politischen Forderungen sind von Anfang an die Hauptsache; die Oppositionsführer des Vormärz sind von vornherein die anerkannten Führer, sie sagen, was auch die Masse will. Die sozialen Kräfte und Interessen – zwischen Bauern, Handwerkern, Arbeitern – sind heterogen und nur in ihrem politischen Ziel geeint. Die sozialen Motive haben der Revolution Resonanz und Schwerkraft gegeben, und sie haben wesentlichen Anteil an ihrem Erfolg, sie haben sie eingefärbt. Das Politische ist nicht simpel vom Sozialen zu trennen, es geht um Priorität und Akzentuierung. Aber die Revolution war nicht primär die von ausgebeuteten und unterdrückten Klassen, sondern entsprang dem Anspruch einer weitgefaßten Bürgergesellschaft auf freiheitlich-volkstümliche Neuordnung von Staat und Gesellschaft. Wenn man von dieser Haupttatsache ausgeht, dann kann man freilich sagen, daß in den sozialen Antrieben der Märzrevolution die Tendenz steckte, über die liberalen Märzforderungen hinauszugehen. Da steckte ein radikaleres Potential. Die Erwartungen der Beteiligten an die Revolution waren jedenfalls in der Akzentsetzung unterschiedlich. Die egalitären Forderungen der Radikaldemokraten und die Forderungen der Sozialisten nach Sicherstellung der menschlichen Bedürfnisse fanden im städtischen Sozialprotest eine Basis. Das wurde ein Problem der Weiterentwicklung der Revolution. Die Führer des liberalen Bürgertums waren sich dieses Problems zumeist bewußt; sie fürchteten, von französischen Beispielen und der Krisendiskussion der 40er Jahre geleitet, die soziale Radikalisierung der Revolution. Die soziale Revolution war nicht das Faktum des März, aber sie war eine Möglichkeit. Diese Möglichkeit hat – in Sorge und auch Furcht – die Politik der Märzminister und der liberalen Mitte mitbestimmt. Das war die eigentliche Bedeutung des sozialen Komplexes.

Nehmen wir die Ergebnisse der Märzereignisse, so müssen wir drei Dinge festhalten.

1. Es ist erstaunlich, wie schnell und vollständig die alten Gewalten kapitulier-

ten; sie gaben auf, ohne entschlossene Gegenwehr; die Restauration brach wie ein Kartenhaus zusammen. Selbstvertrauen und Widerstandsfähigkeit der alten Gewalten waren von einem schier unwiderstehlichen Erdbeben wie gelähmt, ja das Bewußtsein ihrer Legitimität schmolz dahin. Gewiß, die Revolution „machte vor den Thronen Halt“, wie jede erste Revolution in Europa; das entsprach dem monarchischen Sinn der Mehrheit, den liberal-bürgerlichen Vorstellungen von Kontinuität und Vereinbarung. Die Monarchie also blieb erhalten, in gewisser Weise deshalb, weil sie so schnell kapitulierte. Sie war schwach, aber sie war nicht grundsätzlich entmachteter; die Frage, wo denn die Macht jetzt und künftig und auf Dauer liege, blieb in der Schwebe. Keiner der Monarchen dachte an Gegenrevolution, aber die Monarchie blieb ein Potential der Gegenrevolution. Einstweilen setzten die Monarchen – gegen eine Radikalisierung der Revolution – auf den konstitutionellen Kompromiß. Ehe man die Revolution tadelt, weil sie vor den Thronen stehen blieb, muß man bedenken, daß die französische Revolution von 1848 zwar die Monarchie abgeschafft hat, aber im cäsaristischen Kaisertum Napoleons III. endet.

2. Der Sieg der Revolution – das war eine Kette von Siegen in den Einzelstaaten. Die Staaten – die Hauptstädte, die Regierungen, die Parlamente – waren lauter kleine Zentren der Revolution, und überall gab es eine eigene Position zur Konsolidierung der Revolution wie zur Neuordnung Deutschlands. Kurz, die Revolution war dezentralisiert – wie es im staatenbündischen Deutschland nicht anders zu erwarten war –, das wurde zu einer ihrer großen Belastungen.

3. Das Ergebnis der Märzrevolution ist nicht der Totalumsturz der Machtverhältnisse, der Monarchie, der Verfassung, wo es sie gab. Aber es ist eine fundamentale Reform, ein Systemwechsel. Es wird zur pragmatischen Selbstverständlichkeit, daß die vom Monarchen berufene Regierung in Übereinstimmung mit dem Parlament regiert. Und die Regierungen nehmen die Erweiterung der politischen Freiheit, des Wahlrechts, der Rechte der Kammern, der Selbstverwaltung, die Reform der Justiz und die Agrarreform mit Energie in die Hand. Die Märzminister hatten die Revolution nicht gewollt, und sie liebten sie nicht. Aber allein die Gewalt hatte sie in die Führung getragen, allein die Revolution war die Basis der nun erstrebten Evolution. Sie waren Geschöpfe der Revolution, aber sie wollten nicht länger Revolutionäre sein, in ihrer Legitimität von der Revolution abhängig. Sie wollten die Revolution kanalisieren und konsolidieren. Das war ihr Realismus, ihre Ambivalenz, ihre Tragik. Sie stellten sich auf den Boden der Kontinuität und der Gesetzlichkeit – nicht auf den Boden der alles neu machenden Revolution; sie wollten Chaos und Radikalisierung verhindern; sie wollten Ordnung und Reform zugleich, wollten die Revolution gerade dadurch in dauernde Errungenschaften überführen, daß sie sie nicht weitertrieben. Die Revolution soll zu Ende sein, es gilt, ihre Früchte einzubringen; die Revolution hat gesiegt, es lebe die Reform – das war die liberale Strategie. Das war auch die Strategie der Vereinbarung und des Kompromisses – aber sie schien angesichts der Schwäche der alten Gewalten aussichtsreich wie nie. Die Strategie der sich ausbildenden Linken – Fortsetzung der Revolution, um das Erreichte gegen die

alten Mächte zu sichern – schien geradezu lebensgefährlich; die Volksbewaffnung – so kalkulierten die Liberalen – sicherte genugsam gegen eine unwahrscheinliche Reaktion der geschwächten alten Mächte.